

# Ökologischer & Ärztebund

Deutsche Sektion der ISDE

International Society of Doctors for the Environment

Bundesgeschäftsstelle, Fedelhöfen 88, 28203 Bremen, Tel.: 0421/4984251, Fax: 0421/4984252  
E-Mail: oekologischer.aerztebund@t-online.de • Internet: <http://www.oekologischer-aerztebund.de>

## Offener Brief - Position der CDU zur Agro-Gentechnik

Sehr geehrte Frau Merkel,

mit großem Interesse verfolgen wir Ihr lebhaftes Engagement, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die christliche Werteorientierung Ihrer Partei bietet wichtige Ansätze für einen umweltbewussten Fortschrittsbegriff. Gerade deswegen stellen sich uns in Bezug auf die Position der CDU zur Gentechnik in der Landwirtschaft einige Fragen.

Für uns ist von entscheidender Bedeutung, dass der Einsatz der Agro-Gentechnik eine mittelständische konventionelle und ökologische Landwirtschaft auch langfristig nicht gefährdet. Denn diese bildet eine unverzichtbare stützende Säule im ländlichen Raum, und die Mehrheit der Landwirte sieht ihre wirtschaftliche Zukunft nur dann gesichert, wenn eine gentechnikfreie Produktion weiterhin möglich bleibt.

Mit Sorge und Unverständnis haben wir deshalb in den letzten Wochen Ankündigungen Ihrer Partei verfolgt, wesentliche Prinzipien des bereits in Kraft getretenen ersten Teils des Gentechnikgesetzes wieder auszuhebeln. Wir befürchten, dass die CDU sich nicht für die Interessen der Landwirte und Verbraucher einsetzen wird, die weiterhin ohne Gentechnik produzieren und essen wollen, und Naturschutzbelange einfach ignoriert. Wir befürchten, dass die CDU ihre Mehrheit nutzt, um

- die Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik unmöglich zu machen,
- die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher - die beinhaltet, sich auch in Zukunft noch für garantiert gentechnikfreie Lebensmittel entscheiden zu können - abzuschaffen und
- Mindestkriterien zum Schutz der Natur systematisch zu unterlaufen.

Ihre Partei hat angekündigt,

- **das Standortregister unbrauchbar zu machen.** Bisher gilt: Wer wissen will, ob in seiner Gemeinde oder Gemarkung gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden sollen, kann dies drei Monate vor Anbaubeginn über ein im Internet abrufbares Standortregister in Erfahrung bringen. Diesen freien Zugang will die Union versperren. Sie will, dass Flächen, auf denen gentechnische veränderte Pflanzen wachsen sollen, erst drei Wochen vor der Aussaat im Netz stehen. Nur noch Landwirte, Imker, Grundstückseigner und Naturschutzverwaltungen sollen

nach erheblichem bürokratischen Aufwand Informationen darüber erhalten, ob der Anbau in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft stattfindet. Auch die Größe der Anbauflächen soll geheim bleiben und allein im nicht öffentlich zugänglichen Teil des Registers verzeichnet werden.

**Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei?** Will sie die Flächen, auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen ausgesät werden, zum Insiderwissen machen? Will sie Landwirten, die weiterhin ohne Gentechnik arbeiten wollen, keine Chance einräumen, sich gegen gentechnische Verunreinigungen zu schützen? Will sie es Landwirten unmöglich machen, sich mit ihren Nachbarn auf Anbaupläne zu verständigen? Will sie es Naturschutzverbänden unmöglich machen, potentielle Risiken durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Schutzgebieten zu verfolgen? Will sie vor der Öffentlichkeit verbergen, wie groß die Fläche ist, auf der in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen?

- **Kontamination vor Koexistenz zu stellen.** Bisher gilt: Wenn sich herausgestellt hat, dass für bestimmte Kulturen eine Koexistenz von gentechnisch veränderten mit konventionell und biologisch angebauten Pflanzen unmöglich ist, muss der Anbau der gentechnisch veränderten Pflanzen abgebrochen werden. Dieses in § 1 Nr. 2 festgeschriebene Koexistenzziel des Gesetzes will die CDU streichen. Sie will den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auch dann noch zulassen, wenn sich längst herausgestellt hat, dass eine Vermischung von Produkten mit und ohne Gentechnik von der Ausnahme zur Regel geworden ist.

**Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei?** Will die CDU die Interessen der wenigen, die auf eine neue Produktionsweise setzen, über die Interessen der vielen stellen, die keinerlei Anlass sehen, ihre bisherige Produktionsweise aufzugeben? Will sie zulassen, dass eine kleine Gruppe von Landwirten, die das Problem gentechnischer Verunreinigungen nicht in den Griff bekommt, die Absatzmärkte ihrer Berufskollegen gefährdet und den Wettbewerbsvorteil der deutschen Landwirtschaft insgesamt aufs Spiel setzt, die heute die weltweite Nachfrage nach gentechnikfreien Produkten bedienen kann? Will die CDU die Wahlfreiheit der Verbraucher und Verbraucherinnen darauf beschränken, sich künftig allein zwischen mehr oder weniger gentechnisch verunreinigten Produkten entscheiden zu können? Will die CDU mit der Aussaat von nicht koexistenzfähigen Pflanzen wie Raps oder Sonnenblumen eine Kontamination der gesamten Landschaft in Kauf nehmen?

- **die Gesamtschuldnerische Haftung** zugunsten eines nicht definierten „Ausgleichsfonds“ **abzuschaffen**. Bisher gilt: Wenn sich nicht zuordnen lässt, wer die gentechnische Verunreinigung der Ernte seines Nachbarn verursacht hat, greift die gesamtschuldnerische Haftung. Damit kann jeder Landwirt, der gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, in einem bestimmten Umkreis für ökonomische Schäden bei gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben zur Rechenschaft gezogen werden. Die CDU favorisiert eine andere Lösung: Sie will alle Landwirte, die die - bisher nirgends festgelegte - „Gute Fachliche Praxis“ des Gentech-Anbaus eingehalten haben, von der Haftung befreien. Ansprüche der Nachbarn auf finanzielle Entschädigung für durch gentechnische Verunreinigungen erlittene ökonomische Schäden sollen durch einen Ausgleichsfonds bestritten werden. Dabei lässt die Union offen, wer diesen finanzieren soll.
- **den Schutz ökologisch sensibler Gebiete** und damit das **Vorsorgeprinzip für Natur und Umwelt zu ignorieren**. Bisher gilt: Bevor gentechnisch veränderte Pflanzen in Natura 2000-Gebieten ausgebracht werden dürfen, muss eine Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Die CDU will den entsprechenden § 34 a des Bundesnaturschutzgesetzes, der dies vorsieht, ersatzlos streichen.

**Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei?** Will die CDU das einzige - und ohnehin schon schwache - Instrument zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete aufgeben? Will die CDU durchsetzen, dass gentechnisch veränderte Pflanzen selbst in ökologisch sensiblen Gebieten angebaut werden dürfen, obwohl die ökologischen Auswirkungen solchen Anbaus überhaupt noch nicht bekannt sind?

**Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei?** Wann legt sie dar, wer den Ausgleichsfonds speisen soll? Will die CDU die Hersteller transgenen Saatguts zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Wie will sie das tun? Diese haben wiederholt betont, sich daran keinesfalls zu beteiligen, und eine gesetzliche Handhabe, sie dazu zu verpflichten, gibt es nicht. Will die CDU die Landwirte, die Gentech-Pflanzen anbauen, zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Wie will sie das tun? Landwirte finden kein Versicherungsunternehmen, das das finanzielle Risiko des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen abdeckt. Will die CDU die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Es wäre geradezu absurd, Verbraucher und Landwirte, die die Agro-Gentechnik ablehnen, einer Gentech-Steuer zu unterwerfen! Oder will die CDU die gesamtschuldnerische Haftung streichen, ohne einen seriös finanzierten Ausgleichsfonds vorzulegen? Will die CDU, dass Landwirte in Deutschland im Falle einer gentechnischen Verunreinigung ihrer Ernten keinerlei Entschädigung erhalten? Will die CDU, dass Landwirte, die durch die Unverkäuflichkeit ihrer gentechnisch verunreinigten Ernten Abnehmer und Absatzmärkte verlieren und keinen finanziellen Ausgleich erhalten, ihre Betriebe schließen müssen?

- **die Verunreinigung von Nachbargrundstücken durch Freisetzungsexperimente zu legalisieren und ungenehmigte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) für die Verwendung als Lebens- und Futtermittel freizugeben**. Bisher gilt: In der EU dürfen ungenehmigte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nicht einmal in kleinsten Spuren in Verkehr gebracht werden, d.h. in die Lebens- und Futtermittelkette gelangen. Ernten von Landwirten, in die Auskreuzungen aus Freisetzungsexperimenten gelangt sind, müssen vernichtet und die Landwirte entschädigt werden. Die CDU will diese Nulltoleranz aufheben und durchsetzen, dass ungenehmigte GVO in Verkehr gebracht werden dürfen.

**Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei?** Will die CDU zum Verstoß gegen geltendes EU-Recht aufrufen? Will die CDU sich gegen die Sicherheitsphilosophie des EU-Zulassungsverfahrens stellen, wonach nur abschließend sicherheitsbewertete GVO in Verkehr gebracht werden dürfen? Will sich die CDU zugunsten eines gänzlich missverständlichen Fortschrittsbegriffs vom Prinzip der Verantwortung für Mensch und Umwelt verabschieden und diese bewusst den Gefahren der Gentechnik aussetzen?

Sehr geehrte Frau Merkel, für uns ist nicht nachvollziehbar, warum eine große Volkspartei mit einem „C“ im Namen so einseitig auf eine Risikotechnologie setzt. Wir verstehen nicht, warum ein vages und unbelegtes Versprechen auf Arbeitsplätze Ihre Partei blind macht für die Gefahren einer Technologie, deren Auswirkungen für Mensch und Umwelt niemand seriös überblicken kann.

Deshalb appellieren wir an Sie: Setzen Sie sich in Ihrer Funktion als Parteivorsitzende der CDU und Kanzlerkandidatin der Union dafür ein, dass Ihre Partei ihre Positionen zur Agro-Gentechnik noch einmal gründlich überdenkt, dass eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auf Dauer möglich bleibt, dass Ihre Partei ihrer Verantwortung gegenüber der Natur und der Mehrheit der Verbraucher und Landwirte gerecht wird.

Lassen Sie es nicht zu, dass über die Revision des Gentechnikgesetzes einer schleichenden gentechnischen Verunreinigung konventioneller und biologischer Ernten sowie von Natur und Landschaft Tür und Tor geöffnet wird!

*Mit freundlichen Grüßen*

*Thomas Dosch  
Bioland e.V., Bundesvorstand*

*Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf  
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.*

*gezeichnet:*

*Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.  
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) e.V.  
Demeter-Bund e.V.  
Gäa - Vereinigung Ökologischer Landbau e.V.  
Gen-ethisches Netzwerk (GeN) e.V.  
Greenpeace e.V.  
IG gentechnikfreie Saatgutarbeit  
Naturland - Verband für ökologischen Landbau e.V.  
Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.  
Ökologischer Ärztbund e.V.  
Zukunftsstiftung Landwirtschaft*